

# KIEL POLICY BRIEF

Alexandr Burilkov, Guntram Wolff

**Europa ohne die USA  
verteidigen: eine  
erste Analyse,  
was gebraucht wird**



No. 183 | Februar 2025

# Überblick

- We provide initial estimates of the additional weapons and troops Europe will need to defend itself, assuming an effective US withdrawal from Europe.
- Russia's military production has ramped up: In 2024, Russia produced and refurbished an estimated 1,550 tanks, 5,700 armoured vehicles and 450 artillery pieces of all types.
- If the US withdraws from supporting Ukraine, the EU would have to spend only another 0.12 percent of its GDP to replace the US military contributions – a feasible amount.
- A US-Russian deal on Ukraine, resulting in a continued Russian military build-up would require an increase in European capacities equivalent to the fighting capacity of 300,000 US troops, with a focus on mechanised and armoured forces to replace US army heavy units.
- European defence spending will have to increase substantially from the current level of about 2 percent of GDP. An initial assessment suggests an increase by about €250 billion annually (or around 3.5 percent of GDP) is warranted in the short term.

**Keywords:** USA, Europe, Germany, Ukraine, Defense, Security policy

- Wir liefern erste Schätzungen über die zusätzlichen Waffen und Truppen, die Europa zur Selbstverteidigung benötigen würde, falls sich die USA aus Europa zurückziehen.
- Die russische Militärproduktion wurde hochgefahren: Es wurden 2024 schätzungsweise 1.550 Panzer, 5.700 gepanzerte Fahrzeuge und 450 Artilleriegeschütze produziert oder instand gesetzt.
- Falls die USA ihre militärische Unterstützung für die Ukraine einstellen, müsste die EU lediglich zusätzliche 0,12 Prozent ihres BIP aufwenden, um die Lücke auszugleichen – ein machbarer Betrag.
- Ein amerikanisch-russisches Abkommen über die Ukraine, das zu einer weiteren Aufrüstung Russlands führen würde, würde eine Aufstockung der europäischen Kapazitäten um die Kampfstärke von 300.000 US-Soldaten erfordern.
- Die europäischen Verteidigungsausgaben müssten erheblich über das derzeitige Niveau von etwa 2 Prozent des BIP hinaus steigen. Erste Schätzungen legen nahe, dass kurzfristig eine Erhöhung um etwa 250 Milliarden Euro jährlich (oder etwa 3,5 Prozent des BIP) erforderlich ist.

**Schlüsselwörter:** USA, Europa, Deutschland Ukraine, Verteidigung, Sicherheitspolitik

**Guntram Wolff**

Professor of Economics, Solvay Brussels  
School of Université libre de Bruxelles  
Kiel Institute Senior Fellow  
Senior Fellow, Bruegel



**Aleksandr Burilkov**

Assistant Director for Research at the  
GLOBSEC GeoTech Center  
Lecturer in International Relations at Leu-  
phana University of Lüneburg



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren, nicht beim Institut. Etwaige Kommentare sollten direkt an den entsprechenden Autor gerichtet werden.

# Europa ohne die USA verteidigen: eine erste Analyse, was gebraucht wird

Alexandr Burilkov, Guntram Wolff

## 1 Einführung

Europa dürfte kurzfristig 300.000 zusätzliche Soldaten und eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben um mindestens 250 Milliarden Euro benötigen, um eine russische Aggression abzuschrecken.

*„Einige in Europa mögen von Brüssel frustriert sein. Aber lassen Sie uns eines klarstellen: Wenn nicht Brüssel, dann Moskau. Das ist Ihre Entscheidung. Das ist Geopolitik. Das ist Geschichte.“*  
Wolodymyr Zelensky, 15. Februar 2025 <sup>1</sup>.

Europa muss in der Lage sein, sich gegen Russland zu verteidigen, mit oder ohne die Vereinigten Staaten. Im Folgenden präsentieren wir erste Schätzungen des zusätzlichen Bedarfs an Ausrüstung und Truppen, die Europa benötigen wird, wenn sich die USA aus der Verteidigung Europas zurückziehen. Die Studie konzentriert sich auf einen Landkrieg, weil eine Invasion durch Russland auf absehbare Zeit die größte sicherheitspolitische Herausforderung für Europa bleiben wird <sup>2</sup>.

## 2 Quantifizierung der russischen Bedrohung

Für das russische Militär war und ist der Krieg in der Ukraine sehr teuer. Aufgrund der umfassenden Mobilisierung von Gesellschaft und Wirtschaft durch den Kreml ist das russische Militär heute jedoch wesentlich größer, erfahrener und besser ausgerüstet als die Streitkräfte, die 2022 in die Ukraine einmarschierten. Die russische Armee und der russische Generalstab verfügen jetzt über Erfahrungen auf dem Schlachtfeld, wie sie kein anderes Militär hat – abgesehen von der Ukraine.

Die russische Präsenz in der Ukraine belief sich Ende 2024 auf rund 700.000 Soldaten, weit mehr als die Mannstärke der Invasionstruppen von 2022. Die russische Rüstungsproduktion wurde in den letzten Jahren rasch hochgefahren (G.B. Wolff u. a.: 2024). Allein im Jahr 2024 hat Russland schätzungs-

<sup>1</sup>'I Really Believe That Time Has Come: The Armed Forces of Europe Must Be Created – Speech by the President at the Munich Security Conference', <https://www.president.gov.ua/en/news/viryu-sho-cej-chas-nastav-neobhidno-stvoriti-zbrojni-sili-ye-96089>.

<sup>2</sup>Wir diskutieren hier nicht über nukleare Abschreckung oder hybride Kriegsführung.

weise 1.550 Panzer, 5.700 gepanzerte Fahrzeuge und 450 Artilleriegeschütze verschiedener Bauarten hergestellt oder modernisiert. Außerdem setzte es 1.800 Langstrecken-Lancet-Loitering-Munition Drohnen ein<sup>3</sup>. Im Vergleich zum Jahr 2022 bedeutet dies eine Steigerung der Panzerproduktion um 220 Prozent, der gepanzerten Fahrzeuge und Artillerie um 150 Prozent und der Langstrecken-Lancet-Munition Drohnen um 435 Prozent.

Dabei handelt es sich größtenteils um modernisiertes sowjetisches Gerät. Aber die Produktion wird auch fortgeführt werden, nachdem die sowjetischen Bestände erschöpft sind, wenn auch nicht im gleichen Tempo. Dieser Produktionsrückgang wird weniger bedeutsam sein, wenn er nach Beendigung der Kampfhandlungen in der Ukraine erfolgt, und die russischen Materialverluste an der Front aufhören. Darüber hinaus hat Russland erhebliche Fortschritte bei der eigenen Produktion von Drohnen gemacht, nachdem es sich zuvor auf den Iran angewiesen war.

Ein russischer Angriff auf ein Land der Europäischen Union ist weiterhin vorstellbar. Nach Einschätzungen der NATO, Deutschlands, Polens, Dänemarks und der baltischen Staaten ist Russland innerhalb von drei bis zehn Jahren zu einem solchen Angriff bereit<sup>4</sup>. Mit den alle vier Jahre stattfindenden Zapad-Militärübungen, die im Sommer 2025 in Weißrussland stattfinden sollen, könnte dieser Punkt schon deutlich früher erreicht werden<sup>5</sup>. Diese Übungen dürften Russlands Fähigkeit demonstrieren, sogar während eines großen Krieges noch Militärübungen in großem Maßstab durchzuführen.

### 3 Die Bedarfe Europas

Europas erste Priorität ist es, die Ukraine weiterhin zu unterstützen. Denn das erfahrene ukrainische Militär ist derzeit das wirksamste Abschreckungsmittel gegen einen russischen Angriff auf die EU. Sollte die Ukraine beschließen, dass eine amerikanisch-russische Vereinbarung zur Beendigung des Krieges nicht akzeptabel ist – etwa weil Putins Friedensgarantien nicht glaubwürdig sind – wäre Europa in der Lage, der Ukraine zusätzliche Waffen zu liefern. Europa könnte sicherstellen, dass die ukrainischen Kampfkapazitäten so bleiben, wie sie derzeit sind. Die Ukraine und die EU sind auf einige wichtige strategische Hilfsmittel der USA angewiesen, darunter Geheimdienstinformationen und Satellitenkommunikation. Diese sind kurzfristig nur schwer zu ersetzen. Aber auch hier kann ein

---

<sup>3</sup>David Hambling, 'Russia Steps Up Deployment Of Lancet Kamikaze Drones, But How Effective Are They?' Forbes, 25 June 2024, <https://www.forbes.com/sites/davidhambling/2024/06/25/russia-steps-up-deployment-of-lancet-kamikaze-drones-but-how-effective-are-they/>.

<sup>4</sup>Siehe z.B. Ketrin Jočeková, 'Russia could start a major war in Europe within 5 years, Danish intelligence warns', Politico, 11. Februar 2025, <https://www.politico.eu/article/russia-war-threat-europe-within-5-years-danish-intelligence-ddis-warns/>.

<sup>5</sup>Karolina Modzelewska, 'Minsk and Moscow gear up for massive Zapad-2025 drills', MSN, 15. Januar 2025, <https://www.msn.com/en-ie/money/technology/minsk-and-moscow-gear-up-for-massive-zapad-2025-drills/ar-AA1xf5FX>.

Ersatz gefunden werden, sollte dies notwendig sein.

Aus makroökonomischer Sicht kann Europa die USA vollständig ersetzen. Seit Februar 2022 belief sich die militärische Unterstützung der Ukraine durch die USA auf rund 64 Milliarden Euro, während Europa einschließlich des Vereinigten Königreichs 62 Milliarden Euro bereitstellte. Im Jahr 2024 belief sich die militärische Unterstützung der USA auf 20 Milliarden Euro von insgesamt 42 Milliarden Euro. Um die USA im gleichen Umfang zu ersetzen, müsste die EU also nur rund 20 Milliarden Euro oder 0,12 Prozent ihres BIP aufwenden. Das ist aus makroökonomischer und finanzieller Perspektive zweifellos ein machbarer Betrag. Eine wichtigere Frage ist, ob Europa ohne die USA die realen Produktionskapazitäten besitzt, um die amerikanische Produktion zu ersetzen.

Ein schwierigeres Szenario für Europa wäre ein Friedensabkommen, das von der Ukraine akzeptiert würde. In einem solchen Szenario würde Russland wahrscheinlich seine militärische Aufrüstung fortsetzen, was angesichts der derzeitigen russischen Produktion innerhalb kürzester Zeit eine gewaltige militärische Herausforderung für die gesamte EU darstellen würde. Die EU und ihre Verbündeten, einschließlich des Vereinigten Königreichs und Norwegens, müsste ihre militärische Produktion sofort und massiv beschleunigen.

Die Frage, welche Kapazitäten zur Sicherung eines Friedensabkommens in der Ukraine erforderlich wären, ist in gewisser Weise zweitrangig. Schätzungen zufolge bräuchte die Ukraine rund 150.000 europäische Soldaten, um Russland wirksam abzuschrecken<sup>6</sup>. Diese Truppen müssten bereit sein, schnell an jeden Ort verlegt zu werden, an dem Russland möglicherweise die EU angreifen würde. Derzeit gehen die Militärplaner der NATO (RAND: 2024) davon aus, dass im Falle eines russischen Angriffs auf ein europäisches NATO-Land die in Europa stationierten 100.000 US-Truppen rasch um bis zu 200.000 zusätzliche US-Truppen aufgestockt würden. Dies wären vor allem US-Panzereinheiten. Eine realistische Schätzung wäre daher, dass eine Aufstockung der europäischen Kapazitäten erforderlich ist, die der Kampfkraft von 300.000 US-Soldaten entspricht, wobei der Schwerpunkt auf mechanisierten und gepanzerten Kräften liegt, die schwere Einheiten der US-Armee ersetzen würden. Dies entspricht etwa 50 neuen europäischen Brigaden.

---

<sup>6</sup>Steven Erlanger, 'Can European 'Boots on the Ground' Help Protect Ukraine's Security?' The New York Times, 11. Februar 2025, <https://www.nytimes.com/2025/02/11/world/europe/ukraine-russia-trump.html>.

## 4 Militärische Koordination

Allerdings ist die Kampfkraft von 300.000 US-Truppen wesentlich größer als die gleiche Zahl europäischer Truppen, die sich auf 29 nationale Armeen verteilen. Die US-Truppen würden in großen, zusammenhängenden Verbänden von der Größe eines Korps antreten, deren einheitliche Befehls- und Kontrollstruktur sogar noch enger ist als die des gemeinsamen NATO-Kommandos. Darüber hinaus werden die US-Truppen durch die amerikanischen strategischen Kräfte, einschließlich der strategischen Luft- und Raumfahrt, unterstützt, die den europäischen Streitkräften fehlen.

Europa, einschließlich des Vereinigten Königreichs, verfügt derzeit über 1,47 Millionen aktive Militärangestellte (SIPRI: 2024), aber die Effizienz wird durch das Fehlen eines einheitlichen Kommandos reduziert. Die NATO geht davon aus, dass der Oberste Alliierte Befehlshaber Europa ein hochrangiger US-General ist – aber das kann nur funktionieren, wenn die USA eine Führungsrolle übernehmen und strategische Voraussetzungen schaffen.

Daher steht Europa vor der Wahl: entweder die Truppenstärke um deutlich mehr als 300.000 Mann zu erhöhen, um die Zersplitterung der nationalen Streitkräfte auszugleichen, oder Wege zu finden, die militärische Koordination rasch zu verbessern. Eine fehlende Koordinierung bedeutet viel höhere Kosten, und individuelle Anstrengungen werden wahrscheinlich nicht ausreichen, um die russischen Streitkräfte abzuschrecken. Eine kollektive Versicherung bedeutet jedoch, dass das moralische Risiko und die Koordinationsprobleme glaubwürdig gelöst werden müssen.

## 5 Ausrüstung und Produktion

Eine solche rasche Steigerung erfordert außerordentliche Anstrengungen, obwohl die Erfahrung zeigt, dass Marktwirtschaften dazu in der Lage sind. So hat Westdeutschland unter Bundeskanzler Schmidt (1974-1982) die Bundeswehr als Reaktion auf die Bedrohung durch modernisierte sowjetische Streitkräfte rasch modernisiert.

Nimmt man das III. Korps der US-Armee als Bezugspunkt, so würde eine glaubwürdige europäische Abschreckung - beispielsweise zur Verhinderung eines schnellen russischen Durchbruchs im Baltikum - mindestens 1.400 Panzer, 2.000 Infanteriekampffahrzeuge und 700 Artilleriegeschütze (155-mm-Haubitzen und Mehrfachraketenwerfer) erfordern. Dies ist mehr Kampfkraft, als die französischen, deutschen, italienischen und britischen Landstreitkräfte derzeit zusammen haben. Es ist zudem von entscheidender Bedeutung, diese Streitkräfte mit ausreichend Munition zu versorgen, die über die derzeit verfügbaren knappen Bestände hinausgeht. So wäre beispielsweise eine Million 155-mm-Granaten das Minimum für einen ausreichend großen Vorrat für 90 Tage Gefechte mit hoher Intensität.

Europa müsste auch Luftverkehrs- und Transportkapazitäten sowie Raketen- und Drohnenkriegskapazitäten und Kapazitäten für Kommunikation und Aufklärung schaffen. Dazu gehört auch die Aufstockung der Drohnenproduktion, um mit Russland gleichzuziehen - auf ein Niveau von etwa 2.000 Langstrecken-Loitering-Munition pro Jahr. Gleichzeitig müssten dafür 300.000 neue Mitarbeiter rekrutiert und ausgebildet werden.

Um diese Ziele zu erreichen, müsste die Produktion in ganz Europa ansteigen. Die Ausgaben für militärische Ausrüstung belaufen sich derzeit auf etwa 0,7 Prozent des BIP (G.B. Wolff u. a.: 2024), und müssten erheblich steigen. Unseren Berechnungen zufolge hat die polnische Regierung bei der jüngsten Erhöhung der Militärausgaben 70 Prozent der zusätzlichen Mittel für die Anschaffung von Ausrüstung verwendet. In ähnlicher Weise wurde das deutsche Sondervermögen ausschließlich für die Anschaffung von Ausrüstung verwendet. Ein größerer Teil des Anstiegs der Verteidigungsausgaben muss künftig in die Personalbeschaffung und -ausbildung investiert werden.

Die Beschaffung auf europäischer Ebene ist von zentraler Bedeutung, um die militärische Produktion zu geringeren Kosten zu erreichen. Die Kosten könnten erheblich gesenkt werden, wenn die Beschaffung gebündelt und mehr Wettbewerb eingeführt würde. Verträge mit militärischen Zulieferern sollten auf Verträge basieren, die Anreize zur Kostensenkung bieten (J. Streb und S. Streb: 1998). Darüber hinaus würden sehr große Aufträge im Rahmen einer einzigen europäischen Norm zur Erreichung von Zielen wie 1.400 Panzern, 2.000 Schützenpanzern oder 700 Artilleriegeschützen die Kosten im Vergleich zur Beschaffung in kleinerem Maßstab erheblich senken (Mejino-Lopez und G.B. Wolff: 2024).

Ähnliche Einsparungen lassen sich auch bei Drohnen erzielen. Die Ankündigung des deutschen Unternehmens Helsing, 6.000 Langstreckendrohnen für die Ukraine zu produzieren, ist ein gutes Beispiel<sup>7</sup>. Mit solchen Systemen könnte die EU quantitativ und qualitativ mit den russischen Drohnenprogrammen gleichziehen. Der Aspekt des Krieges aus der Luft - insbesondere Drohnen und Raketen - unterstreicht die entscheidende Bedeutung der europäischen Sky Shield Initiative (Steinbach und G. Wolff: 2024). Ziel sollte es sein, den Wettbewerb zwischen europäischen Unternehmen um Großaufträge zu ermöglichen und staatliche Eingriffe in die Unternehmen selbst zu vermeiden. Die freien Industriekapazitäten, beispielsweise in der Automobilindustrie, deuten darauf hin, dass der zusätzliche Bedarf rasch gedeckt werden könnte.

---

<sup>7</sup>The Defense Post, 'German Firm to Make 6,000 More AI-Enabled Drones for Ukraine', 13. Februar 2025, <https://thedefensepost.com/2025/02/13/german-firm-drones-ukraine/>.



## 6 Finanzierung

Die europäischen Verteidigungsausgaben müssen gegenüber dem derzeitigen Niveau von etwa 2 % des BIP deutlich erhöht werden. Eine erste grobe Schätzung legt nahe, dass kurzfristig eine Erhöhung um etwa 250 Milliarden Euro jährlich (auf etwa 3,5 Prozent des BIP) notwendig ist, obwohl die Berechnung nicht einfach ist. Größere Aufträge dürften dazu führen, dass die Produktionsprozesse effizienter werden und die Stückpreise sinken. Allerdings könnte ein rascher Nachfrageanstieg die Preise kurzfristig sicherlich in die Höhe treiben. Insgesamt dürften die Stückpreise jedoch mit steigendem Auftragsvolumen sinken. So hat Deutschland beispielsweise seit Februar 2022 105 Leopard-II-Panzer für den Eigenbedarf zu einem Stückpreis von 28 Millionen Euro bestellt. Würde Europa 1.400 Panzer zu diesem Preis bestellen, könnte sich dies zu Kosten von 40 Milliarden Euro summieren, doch dürften die Stückpreise in Wirklichkeit deutlich sinken.

Aus makroökonomischer Sicht dürfte eine schuldenfinanzierte Erhöhung der Verteidigungsausgaben die europäische Wirtschaftstätigkeit in einer Zeit ankurbeln, in der die Auslandsnachfrage durch den bevorstehenden Handelskrieg untergraben werden könnte (Ilzetki: 2025; Ramey: 2011), , auch wenn Zinsen und Inflation dadurch leicht steigen könnten. Ilzetki (2025) argumentiert, dass Verteidigungsausgaben über Innovationen auch einen positiven Beitrag zum langfristigen Wachstum leisten können, aber eine genaue Quantifizierung solcher Effekte ist unsicher.

Insbesondere für die Länder an der Ostflanke, die der Bedrohung durch Russland am stärksten ausgesetzt sind, und für diejenigen, die selbst bei den grundlegenden Komponenten der Abschreckung erhebliche Lücken aufweisen, könnte eine erhebliche Aufstockung der Militärausgaben politisch durchaus realistisch sein. Eine Aufstockung um 250 Milliarden Euro könnte zu gleichen Teilen von der EU und den Mitgliedstaaten finanziert werden, was sowohl eine umfangreiche gemeinsame Beschaffung als auch umfangreiche nationale Militärausgaben ermöglichen würde. Um das Problem des moralischen Risikos anzugehen, würden die Länder, die nicht mehr für die nationale Verteidigung ausgeben, weniger aus dem gemeinsamen Topf erhalten. Derartige Ausgabenerhöhungen sollten sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen kurzfristig durch Schulden finanziert werden. Die Mittel müssen jedoch dauerhaft erhöht werden. Eine Lösung bestünde darin, in den nächsten fünf Jahren jährlich 125 Milliarden Euro auf EU-Ebene aufzubringen, während sich die EU-Länder verpflichten würden, ihren nicht schuldenfinanzierten Anteil an den Ausgaben in diesem Zeitraum schrittweise zu erhöhen.

Deutsche Führung und deutsches Engagement werden entscheidend sein. Deutschland müsste allein mindestens die Hälfte der 125 Milliarden Euro aufbringen, um die deutschen Verteidigungsausgaben von 80 Milliarden Euro auf 140 Milliarden Euro zu erhöhen, was etwa 3,5 Prozent des BIP entspricht und durch gemeinsame EU-Mittel aufgestockt werden müsste. Derzeit bleiben die deutschen militärischen Fähigkeiten weit hinter den benötigten und den Verbündeten zugesagten Fähigkeiten zurück. Die Zusage Deutschlands aus dem Jahr 2022, der NATO bis 2025 und 2027 zwei Divisionen - in der Regel rund 40.000 Soldaten - zur Verfügung zu stellen, musste erhebliche Rückschläge hinnehmen<sup>8</sup>. Dies wird sich ändern müssen, da der deutsche Beitrag angesichts seiner Größe sicherlich nahe an 100.000 zusätzliche Soldaten heranreichen müsste.

---

<sup>8</sup>Sabine Siebold, "50% battle-ready": Germany misses military targets despite Scholz's overhaul', Reuters, 13. Februar 2025, <https://www.reuters.com/world/europe/50-battle-ready-germany-misses-military-targets-despite-scholz-overhaul-2025-02-13/>.

## Literatur

- Ilzetzki, E. (2025). *Guns and Growth: The Economic Consequences of Defense Buildups*. Kiel Report 2. Kiel Institute.
- Mejino-Lopez, J. und G.B. Wolff (2024). *A European defence industrial strategy in a hostile world*. Techn. Ber. 29/2024. Bruegel.
- Ramey, V.A. (2011). Identifying government spending shocks: It's all in the timing. *The Quarterly Journal of Economics* 126.1, S. 1–50.
- RAND (2024). *Commission on the National Defence Strategy*. Available at [https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/misc/MSA3057-4/RAND\\_MSA3057-4.pdf](https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/misc/MSA3057-4/RAND_MSA3057-4.pdf).
- SIPRI, Stockholm International Peace Research Institute (2024). *Yearbook 2024*. Available at <https://www.sipri.org/yearbook/2024>.
- Steinbach, A. und G. Wolff (2024). *Financing European air defence through European Union debt*. Techn. Ber. 21/2024. Bruegel.
- Streb, J. und S. Streb (1998). Optimale Beschaffungsverträge bei asymmetrischer Informationsverteilung: Zur Erklärung des nationalsozialistischen Rüstungswunders während des Zweiten Weltkriegs. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 118, S. 275–294.
- Wolff, G.B. u. a. (2024). *Fit for war in decades: Europe's and Germany's slow rearmament vis-a-vis Russia*. Kiel Report 1. Kiel Institute.

# IMPRESSUM

**Institution und Anschrift:**

Kiel Institut für Weltwirtschaft  
Kiellinie 66, 24105 Kiel  
Telefon: 0431 / 8814 – 1  
Telefax: 0431 / 8814 – 500  
E-Mail: info@ifw-kiel.de

**Standort Berlin:**

Kiel Institut für Weltwirtschaft  
Chausseestraße 111, 10115 Berlin  
Telefon: +30 30830637-5  
Email: berlin@ifw-kiel.de

Das Kiel Institut für Weltwirtschaft —  
Leibniz Zentrum zur Erforschung globaler öko-  
nomischer Herausforderungen ist eine rechtlich  
selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts  
des Landes Schleswig-Holstein.

**Gesetzliche Vertretung:**

Prof. Dr. Moritz Schularick, Präsident, Wissen-  
schaftlicher Direktor  
Birgit Austen, Geschäftsführende Administrative  
Direktorin  
Prof. Dr. Christoph Trebesch, Vizepräsident

**Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:**

DE 251899169

**Foto:**

Titelbild: © Adobe Stock / roibu

**Zuständige Aufsichtsbehörde:**

Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bil-  
dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des  
Landes Schleswig-Holstein  
Jensendam 5, 24103 Kiel



© 2025 Kiel Institut für Weltwirtschaft.

Alle Rechte vorbehalten.